

Düsseldorf, 21.03.2024

Bundesleitung der Katholischen jungen Gemeinde (KjG):

Statement der KjG zur Woche gegen Rassismus

Alltagsrassismus, ungleiche Chancen, Polizeigewalt – Daran erinnert die Internationale Woche gegen Rassismus. Ihr heutiger Auftakt bezieht sich auf das Sharpeville Massaker vom 21. März 1960. Doch nach wie vor sind rassistische Einstellungen und Taten ein großes Problem für von Rassismus betroffene Personen, und damit auch für unsere Gesellschaft und für unsere Demokratie. Hoffnung gibt, dass sich zurzeit so viele Menschen in Deutschland erheben, gegen rechte Hetze und für Demokratie. Das Motto der diesjährigen Woche gegen Rassismus lautet „Menschenrechte für alle“. Dieses können wir nur gemeinsam umsetzen.

Die KjG stellt sich an die Seite von Betroffenen. Das verdeutlicht bereits der 2020 gefasste KjG-Beschluss „Kampf gegen Rassismus – Solidarität mit Black and People of Color!“. Die KjG geht beharrlich weiter auf dem Weg gegen faschistische Tendenzen in Deutschland. Dabei ist es ein zentrales Anliegen, für Menschenrechte einzustehen. Immer wieder solidarisiert sich die KjG mit Betroffenen von Rassismus. Projekte, die sich gegen Rassismus und für Demokratie einsetzen, müssen endlich eine solide und dauerhafte finanzielle Grundlage erhalten. Das vom Bundeskabinett beschlossene Demokratiefördergesetz muss hierzu zügig auf parlamentarischem Wege beschlossen und umgesetzt werden.

Wer glaubt Rassismus in Deutschland nehme ab, gehört nicht zur Gruppe der Betroffenen. Das zeigen Zahlen des Bundesamtes für Verfassungsschutz, nach denen im Jahr 2022 die Anzahl rechtsextremistisch motivierter Körperverletzungsdelikte um 16,3 % angestiegen sind. Um dem entgegenzuwirken, fordert die KjG die umfassende Aufarbeitung rassistischer Gewalttaten, wie die von Hanau oder Halle. Rassistische Gewalt – egal von Seiten der Polizei oder extrem rechter Akteur*innen - muss konsequent verfolgt und aufgearbeitet werden.

Wir dürfen nicht zulassen, dass Rassismus in der Mitte unserer Gesellschaft alltäglich ist. Dies geschieht mit verletzender Sprache, durch Vorurteile oder Ausgrenzung. Gewaltsame Übergriffe sind lediglich die Spitze des Eisbergs. Für jede Art der Diskriminierung gilt es, von Betroffenen zu lernen, solidarisch an deren Seite zu stehen und gemeinschaftlich Grenzen aufzuzeigen. Mit der AfD ist eine rechtsextreme Partei, zu deren DNA Rassismus gehört, einflussreich in der Politik vertreten. Die KjG positioniert sich klar gegen die Hetze dieser Partei. Für KjGler*innen ist die AfD nicht wählbar und erfährt auch in keiner anderen Form Unterstützung.

Die „Internationale Woche gegen Rassismus“ unter dem Motto „Menschenrechte für alle“ bietet mit ihren bundesweit stattfindenden Veranstaltungen ein Forum zur Sensibilisierung und den Schulterschluss gegen Rassismus. Als KjG rufen wir daher zur aktiven Teilnahme an Demonstrationen für die Achtung jedes Menschen und Proteste gegen jegliche Art von Rassismus auf.

Gemeinsam für ein freies, buntes Deutschland auf die Straße und keinen Millimeter nach rechts!

(417 Wörter)

(3.045 Zeichen)

Die Bundesleitung steht für Interviews gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Babette Braun Referentin für Öffentlichkeitsarbeit KjG Bundesstelle

**Bundesstelle der
Katholischen jungen Gemeinde e.V.**

Carl-Mosterts-Platz 1 · 40477 Düsseldorf

Telefon: 02 11 · 98 46 14 - 0

E-Mail: bundesstelle@kjg.de
Internet: www.kjg.de

Bundesleitung der
Katholischen jungen
Gemeinde (KjG)

Redaktion:
Babette Braun

Durchwahl:
02 11 · 98 46 14-21

E-Mail:
kommunikation@kjg.de

Zur freien Verwertung durch
Redaktionen von Presse, Funk,
Fernsehen, Online-Angeboten